

Der Text dieser Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt einsehbare Text.

Hinweis:

Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die Ihr Studium ab dem Wintersemester 2010/2011 aufnehmen werden.

**Prüfungsordnung für den berufsbegleitenden
Weiterbildungs-Masterstudiengang Organisations-
und Personalentwicklung
an der Universität Erlangen-Nürnberg
Vom 27. Juli 2006**

geändert durch Satzungen vom
5. August 2008
11. August 2010

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) sowie § 58 *jetzt* § 32 der Qualifikationsverordnung (QualV) erlässt die Universität Erlangen-Nürnberg folgende Prüfungsordnung:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Studienprofil und Ziel des Studiums

(1) Die Masterprüfung dient dem Nachweis der Kenntnisse auf dem Gebiet von Organisations- und Personalentwicklung, die im berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengang vermittelt werden.

(2) ¹Ziel des Studienganges ist es, Konzepte und Methoden zu vermitteln, die zu einer verbesserten Handlungskompetenz in den Feldern Organisations- und Personalentwicklung führen sollen. ²Der Studiengang enthält Forschungselemente, die den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ermöglichen sollen, zu einem besseren Verständnis organisationaler Zusammenhänge zu gelangen und ihre Analyse- und Reflexionsfähigkeit zu erhöhen. ³Das Profil des Studiengangs ist stärker anwendungsorientiert; der Studiengang knüpft an die beruflichen Erfahrungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an.

(3) Die Masterprüfung dient dem Nachweis besonderer im berufsbegleitenden Weiterbildungs-Masterstudiengang Organisations- und Personalentwicklung erworbener Kenntnisse auf dem Gebiet der Organisations- und Personalentwicklung bzw. der Analyse sowie der Planung und Unterstützung von Lernprozessen von und in Unternehmen.

(4) Aufgrund der bestandenen Prüfung wird der akademische Grad „Master of Arts“ (abgekürzt M.A.) verliehen; er kann mit dem Zusatz (FAU Erlangen-Nürnberg) geführt werden.

§ 2

Studienvoraussetzungen

(1) Die Qualifikation zum Masterstudium Organisations- und Personalentwicklung wird nachgewiesen durch

1. ein mit überdurchschnittlichem Erfolg abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule (Diplom, Magister, Staatsexamen, Master oder Bachelor) oder an einer Fachhochschule (Diplom, Master oder Bachelor) oder ein vergleichbarer in- oder ausländischer Hochschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss oder andere nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz als vergleichbar anzusehende Abschlüsse,
2. eine in der Regel mindestens einjährige einschlägige qualifizierte Berufstätigkeit nach Abschluss des Studiums gemäß Nr. 1,
3. die erfolgreiche Teilnahme an einem Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß der **Anlage 1**.

(2) ¹Ein überdurchschnittlicher Studienabschluss liegt regelmäßig vor, wenn die Bewerberin oder der Bewerber nachweist, dass sie/er zu den 50 v. H. Besten ihres/seines Jahrgangs zählt oder einen Abschluss mit der Gesamtnote wenigstens "gut" (nicht schlechter als 2,50) aufweist. ²Bewerberinnen und Bewerber mit einem Durchschnitt der bisherigen Leistungen von 2,51 bis 3,00 können aufgenommen werden, wenn sie erfolgreich an einem Auswahlgespräch innerhalb des Qualifikationsfeststellungsverfahrens (vgl. **Anlage 1**) teilgenommen haben.

(3) ¹Eine einschlägige qualifizierte Berufstätigkeit kann insbesondere durch Berufsfelder in den Bereichen von Organisations- und Personalentwicklung (z.B. als Personalreferenten, Führungskräften, Beratern und Projektverantwortliche) nachgewiesen werden. ²In Ausnahmefällen und auf Antrag können auch davon abweichende Berufsfelder zum Nachweis der erforderlichen einschlägigen Berufstätigkeit anerkannt werden. ³Orientierung hierfür ist der Kriterienkatalog für die Anerkennung berufspraktischer Kompetenzen und insbesondere der dort genannten Kompetenzfelder der Stufe 1. ⁴Die Kandidaten müssen insbesondere die Strukturen, Besonderheiten und Grenzen von Problemen des Fachs im Rahmen einer ersten beobachtenden Wahrnehmung definieren und interpretieren können. ⁵Ferner muss dargelegt werden, dass ein breites, detailliertes und kritisches Verständnis auf dem neusten Stand des Wissens in einem oder mehreren Spezialbereichen vorliegt.

(4) ¹Das Ergebnis des Qualifikationsfeststellungsverfahrens wird den Bewerbern und Bewerberinnen schriftlich mitgeteilt. ²§ 4 Abs. 7 gilt entsprechend.

§ 3

Regelstudienzeit, Modularisierung, Arbeitsaufwand, Prüfungen

(1) ¹Studium und Prüfungen beruhen auf dem European Credit Transfer System (ECTS). ²Das Studium ist über eine flexible Lernorganisation mit Fern-, Präsenz- und Onlinestudienphasen (Blended Learning) auf einen berufsbegleitenden Ablauf angelegt.

³Es umfasst Lehrveranstaltungen aus fünf Modulgruppen, eine Feststellungsprüfung zur Berufspraxis (Modul M 6), die Anfertigung einer Projektarbeit (Modul M 7.1 und Modul M 7.2) sowie einer Masterthesis (Modul M 8.1 und M 8.2); das Studium ist auf zwei Studienjahre angelegt. ⁴Das Studienjahr beginnt am 1. Oktober eines jeden Jahres.

(2) ¹Das Studium ist modularisiert. ²Ein Modul ist eine aus mehreren Teilleistungen zusammengesetzte Studien- und Prüfungsleistung; Studien- und Prüfungsleistungen sind Prüfungen im Sinne dieser Prüfungsordnung.

(3) ¹Mit erfolgreichem Abschluss eines Moduls werden ECTS-Punkte erworben, die einen kalkulierten studentischen Arbeitsaufwand bescheinigen. ²Ein ECTS-Punkt steht für einen Arbeitsaufwand in Höhe von 30 Stunden. ³Dies entspricht der ECTS-Punktebemessung im Rahmen des Europäischen Systems zur Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen (ECTS). ⁴Der Gesamtarbeitsaufwand des Studiengangs beträgt 120 ECTS-Punkte.

(4) ¹Der ECTS-Punkteumfang der einzelnen Module sowie die Gewichtung der Teilprüfungsleistungen ist in der Tabelle (s. **Anlage 2**) angegeben und begründet. ²Der ECTS-Punkteumfang eines jeden Moduls ist Gewichtungsfaktor für die gemäß § 9 zu vergebenden Bewertungen.

(5) Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre.

(6) ¹Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sollen sich so rechtzeitig zu den Prüfungen melden, dass sie das Studium mit allen Studien- und Prüfungsleistungen einschließlich der Masterthesis bis zum Ende des zweiten Studienjahres abschließen. ²Wird die Frist aus Gründen überschritten, die ein Teilnehmer oder eine Teilnehmerin zu vertreten hat, so gelten die noch nicht abgelegten Prüfungen einschließlich der Masterthesis als abgelegt und erstmals nicht bestanden; bei einer nicht zu vertretenden Fristüberschreitung gewährt der Prüfungsausschuss auf Antrag eine Nachfrist.

(7) ¹Die Masterprüfung findet studienbegleitend im Rahmen von Modulprüfungen in den in jedem Studienjahr angesetzten Prüfungszeiten statt; Teilmodulprüfungen sind möglich. ²Studienleistungen können einmal wiederholt werden. ³Die freiwillige Wiederholung zur Notenverbesserung ist ausgeschlossen. ⁴Eine Masterprüfung ist bestanden, wenn alle gemäß dieser Studien- und Prüfungsordnung zu absolvierenden Module bestanden sind. ⁵In den Modulbeschreibungen wird angegeben, welche Prüfungsformen angewandt werden und welche Prüfungsleistungen zu erbringen sind (s. **Anlage 2**).

(8) Prüfungstermine und Meldefristen werden durch Aushang bekannt gegeben.

§ 4

Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen des Weiterbildungsstudiengangs Organisations- und Personalentwicklung wird vom Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie ein Prüfungsausschuss eingesetzt. ²Dieser ist für alle Entscheidungen im Prüfungsverfahren zuständig, soweit in dieser Prüfungs-

ordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. ³Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. ⁴Eine Wiederbestellung ist zulässig.

(2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehört unter dem Vorsitz eines Professors oder einer Professorin als weiteres Mitglied ein Hochschullehrer oder eine Hochschullehrerin im Sinne des Art. 2 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes oder ein Mitglied aus dem Kreis der nach der Hochschulprüfungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung prüfungsberechtigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie an. ²Der Studiengangsbetreuer oder die Studiengangsbetreuerin gehören in beratender Funktion dem Prüfungsausschuss an.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ³Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig.

(5) ¹Der Vorsitzende oder die Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Er oder sie ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in Kenntnis zu setzen. ⁴Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden oder den weiteren Mitgliedern die Erledigung bestimmter Aufgaben widerruflich übertragen.

(6) ¹Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Diese muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der Anwesenden, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das jeweilige Abstimmungsergebnis enthalten.

(7) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Widerspruchsbescheide werden vom Rektor oder der Rektorin im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss und den zuständigen Prüfern erlassen.

§ 5

Prüfer und Prüferinnen

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und Prüferinnen und regelt, wer den mündlichen Prüfungen beisitzt. ²Er kann die Bestellung dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden übertragen.

(2) ¹Zu Prüfern und Prüferinnen können alle Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie nach der Hochschulprüferverordnung vom 22. Februar 2000 (GVBI S.67, BayRS 2210-1-1-6-WFK) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Hochschulprüfun-

gen befugte, weitere Personen bestellt werden. ²Satz 1 gilt entsprechend für die Betreuung und Begutachtung der Masterthesis.

(3) ¹Die Bestellung nach Absatz 1 soll in geeigneter Form bekannt gegeben werden. ²Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfers oder der Prüferin ist zulässig. ³Scheidet eine prüfungsberechtigte Person aus dem Lehrkörper des Studienganges aus, so bleibt deren Prüfungsberechtigung in der Regel solange erhalten, bis die von ihr in dem entsprechenden Prüfungsfach ausgebildeten Teilnehmer und Teilnehmerinnen zur Prüfung anstehen.

(4) Zum Beisitzer oder zur Beisitzerin kann bestellt werden, wer im Fachgebiet der Prüfung einschlägig wissenschaftlich ausgewiesen ist.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, den Prüfungen beizuwohnen.

(6) Die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

§ 6

Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.

(2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüfer und Prüferinnen, der Beisitzer und Beisitzerinnen und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 4 BayHSchG.

§ 7

Bekanntgabe der Prüfungstermine und Prüfer und Prüferinnen

(1) Die Prüfungen werden nach Abschluss eines Moduls, spätestens aber innerhalb eines halben Jahres nach Abschluss des Moduls abgehalten.

(2) Der Prüfungsbeginn ist mit Angabe der Meldefrist spätestens zwei Monate vorher durch Aushang bzw. auf der Homepage des Studienganges bekannt zu geben.

(3) Die Termine der Prüfung in den einzelnen Fächern und die Prüfungsräume werden spätestens zwei Wochen vorher durch Aushang bekannt gegeben.

§ 8

Täuschung, Ordnungsverstoß, Prüfungsmängel

(1) ¹Versucht ein Kandidat oder eine Kandidatin das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Unterschleif, Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Leistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. ²Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann vom Prüfer oder von der Prüferin oder der aufsichtsführenden Person von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen

werden; in diesem Fall gilt die Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.
³Die Sätze 1 und 2 gelten für Studienleistungen entsprechend.

(2) ¹Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich beim Vorsitzenden oder bei der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses geltend gemacht werden. ²Im Falle krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden. ³Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Teilnehmers oder einer Teilnehmerin oder von Amts wegen anzuordnen, dass die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

(3) ¹Vor einer Entscheidung gemäß Absatz 2 ist den Betroffenen Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. ²Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Absatz 2 Satz 3 nicht mehr getroffen werden.

§ 9

Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Prüfungsgesamtnote

(1) ¹Die Urteile über die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern und Prüferinnen durch folgende Noten und Prädikate ausgedrückt:

sehr gut	(1,0 oder 1,3)	=	eine hervorragende Leistung;
gut	(1,7 oder 2,0 oder 2,3)	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
befriedigend	(2,7 oder 3,0 oder 3,3)	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
ausreichend	(3,7 oder 4,0)	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
nicht ausreichend	(5,0)	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Wird eine Prüfungsleistung von zwei Prüfern oder Prüferinnen bewertet, werden die Noten gemittelt; Satz 5 gilt entsprechend. ³Satz 1 gilt entsprechend für Studienleistungen, soweit sie bewertet werden. ⁴Die Modulnote errechnet sich, soweit sie auf Teilleistungen beruht, aus dem mit ECTS-Punkten gewichteten Durchschnitt der Noten aus den Teilleistungen. ⁵Bei der Ermittlung der Note wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma ausgewiesen, weitere Dezimalstellen werden ohne Rundung gestrichen. ⁶Zum Bestehen der Prüfung ist erforderlich, dass alle Teilleistungen mit wenigstens "ausreichend" (4,0) bewertet sind.

(2) ¹Die Gesamtnote wird als mit ECTS-Punkten gewichteter Durchschnitt der Noten der Modulprüfungen, der Projektarbeit und der Masterthesis gemäß der **Anlage 2** errechnet. ²Absatz 1 Satz 5 gilt entsprechend. ³Die Prüfungsgesamtnote der bestandenen Prüfung lautet:

Bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut
Bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut
Bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend
Bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = ausreichend

§ 10

Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wird im Falle einer Täuschung diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Zeugnisse bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten

entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass ein Teilnehmer oder eine Teilnehmerin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Zeugnisse bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²War die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätzen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Den Betroffenen ist vor einer Entscheidung gemäß Absatz 2 Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen; gegebenenfalls ist ein neues zu erteilen. ²Eine Entscheidung gemäß Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 11

Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird den Betroffenen auf Antrag Einsicht in ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) ¹Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses beim Vorsitzenden oder bei der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Art. 32 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayRS 2010-1-I) gilt entsprechend. ³Der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 12

Bescheinigung über eine nicht bestandene Prüfung

Wer die Prüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Prüfungsfächern erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

§ 13

Nachteilsausgleich

(1) Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann die Prüfung mit gleichwertigen Studien- und Prüfungsleistungen in einer anderen Form erbringen.

(2) ¹Entscheidungen gemäß Absatz 1 werden nur auf schriftlichen Antrag hin vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses getroffen. ²Bei Prüfungen ist der Antrag der Meldung zur Prüfung beizufügen.

II. Besondere Bestimmungen für die Masterprüfung

§ 14

Zulassungsvoraussetzungen, Zulassungsantrag, Meldung zu den Prüfungen

(1) Voraussetzung für die Zulassung zur Masterprüfung ist, dass zwischen dem Kandidaten oder der Kandidatin und der Universität Erlangen-Nürnberg ein Vertrag über die Teilnahme am Weiterbildungsstudiengang Organisations- und Personalentwicklung besteht.

(2) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist rechtzeitig an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten. ²Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, soweit sie nicht bereits beim Prüfungsamt vorliegen:

1. Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen nach § 2;
2. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat oder die Kandidatin bereits eine Prüfung im Weiterbildungsstudiengang Organisations- und Personalentwicklung nicht bestanden hat;
3. Nachweis gemäß Absatz 1.

(3) Kann ein Kandidat oder eine Kandidatin unverschuldet die erforderlichen Unterlagen nicht in der vorgeschriebenen Art beibringen, so kann der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag gestatten, die entsprechenden Nachweise auf andere Art zu führen.

(4) Wer zur Prüfung zugelassen ist, hat sich innerhalb der durch Aushang bekannt gegebenen Meldefrist zu den Einzelprüfungen beim Prüfer oder bei der Prüferin zu melden.

§ 15

Zulassung zur Masterprüfung

(1) ¹Über die Zulassung zur Masterprüfung entscheidet der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses aufgrund der eingereichten Unterlagen. ²In Zweifelsfällen kann der Antrag dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. die Voraussetzungen nach § 14 Abs. 1 nicht erfüllt sind oder
2. die Nachweise nach § 14 Abs. 2 Satz 2 nicht ordnungsgemäß oder nicht vollständig vorliegen oder
3. die Prüfung im Weiterbildungsstudiengang Organisations- und Personalentwicklung endgültig nicht bestanden ist.

(3) Die Zulassungsentscheidung ist dem Kandidaten oder der Kandidatin spätestens zwei Wochen nach Ende der jeweiligen Meldefrist schriftlich mitzuteilen.

§ 16

Art und Umfang der Masterprüfung

(1) ¹Die Masterprüfung umfasst die Prüfungen in den Pflichtmodulen sowie in zwei von vier Wahlmodulen, das Modul Berufspraxis (M 6), die Projektarbeit (Module M 7.1 und M 7.2) und die Anfertigung der Masterthesis (Module M 8.1 und M 8.2) gemäß der **Anlage**

2 im Umfang von insgesamt 120 ECTS-Punkten. ²Die Prüfungen werden gemäß der **Anlage 2** studienbegleitend erbracht. ³Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss statt des in Modul M 7.2 vorgesehenen Projekts eine gleichwertige Leistung als Prüfungsbestandteil zulassen, wenn ein Projekt aufgrund organisatorischer Hindernisse nicht möglich ist; der Antrag bedarf der Begründung. ⁴Die Masterprüfung wird mit der Masterthesis abgeschlossen.

(2) ¹Art und Umfang der Prüfungen, ihre Teilung, die Prüfungsdauer und die den einzelnen Prüfungen zugeordneten ECTS-Punkte ergeben sich aus der **Anlage 2**. ²Andere Formen der Prüfung und gegebenenfalls ihre Teilung wird spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung durch Aushang bekannt gegeben; entsprechendes gilt für einen späteren Wechsel der Prüfungsform und die Aufgabe der Teilung.

(3) ¹Gegenstand der Prüfung sind die Fragestellungen und Probleme der genannten Fächer. ²Im Vordergrund steht dabei die praxisbezogene Anwendung wissenschaftlicher Arbeits- und Forschungsergebnisse.

(4) Es werden folgende Prüfungsformen anerkannt: Referat, Präsentation, Hausarbeit, Klausur, mündliche Prüfung.

§ 17

Projektarbeit

(1) ¹Die Projektarbeit soll zeigen, dass der Teilnehmer oder die Teilnehmerin ein Projekt aus dem Themenfeld der Organisations- und Personalentwicklung aufgrund der im Studiengang erworbenen Vorkenntnisse konzipieren und umsetzen kann. ²Dieses ist in einer Präsentation nach Abschluss des Projekts öffentlich vorzustellen; § 5 Abs. 6 gilt entsprechend.

(2) § 18 Abs. 2 und § 19 gelten entsprechend.

§ 18

Masterthesis

(1) Die Masterthesis soll zeigen, dass der Kandidat oder die Kandidatin imstande ist, Fragestellungen der Organisations- und Personalentwicklung selbständig nach wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen zu bearbeiten.

(2) ¹Das Thema der Masterthesis sowie der Betreuer oder die Betreuerin können frei gewählt werden. ²Das Thema der Masterthesis bedarf der Zustimmung des Betreuers oder der Betreuerin. ³Interdisziplinäre Fragestellungen können Berücksichtigung finden. ⁴Das Thema der Arbeit, der Tag der Ausgabe und der Name des Betreuers oder der Betreuerin sind aktenkundig zu machen. ⁵Zur Betreuung ist berechtigt, wer als Hochschullehrer oder Hochschullehrerin am Studiengang mitwirkt.

(3) ¹Die Vergabe des Themas für die Masterthesis setzt voraus, dass die Module M 1.1, M 1.2, M 2.1, M 2.2, M 3.1, M 4.1 und M 5.1 erfolgreich abgelegt sind und im Modul M 6 mindestens 20 ECTS angerechnet sind. ²Der Kandidat oder die Kandidatin hat dafür zu sorgen, dass er oder sie ein Thema für die Masterthesis erhält. ³Gelingt dies trotz ernsthafter Bemühungen nicht, weist der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Prüfungsaus-

schusses auf Antrag ein Thema für die Masterthesis zu. ⁴Das Thema muss so gewählt sein, dass es sich berufsbegleitend innerhalb von vier Monaten bearbeiten lässt. ⁵Auf begründeten Antrag kann die Bearbeitungsfrist um höchstens zwei Monate verlängert werden. ⁶In begründeten Ausnahmefällen kann die Verschiebung der Anmeldung der Masterthesis um zwei Semester zugelassen werden. ⁷Wird die Masterthesis nicht fristgerecht abgeliefert, so wird sie mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.

(4) ¹Das Thema der Masterthesis kann einmal, jedoch nur aus schwerwiegenden Gründen und mit Einwilligung des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ²Wird die Masterthesis nach diesem Zeitpunkt zurückgegeben, wird sie mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. ³Für die Ausgabe eines neuen Themas finden die Vorschriften der Absätze 2 und 3 entsprechende Anwendung.

(5) ¹Mit der Masterthesis ist eine schriftliche Erklärung des Kandidaten oder der Kandidatin einzureichen, dass die Arbeit selbständig angefertigt wurde, dabei keine anderen Hilfsmittel als die im Quellen- und Literaturverzeichnis genannten benutzt wurden, alle aus den Quellen und der Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht und die Fundstellen einzeln nachgewiesen sind. ²Ferner ist schriftlich zu erklären, dass die eingereichte Arbeit nicht schon bei einer anderen Hochschulprüfung vorgelegen hat.

§ 19

Bewertung der Masterthesis

(1) ¹Die Masterthesis wird in der Regel vom Betreuer oder von der Betreuerin und von einer zweiten prüfungsberechtigten Person binnen zwei Monaten beurteilt. ²Können sich die Betreuerin/der Betreuer und die zweite prüfungsberechtigten Person nicht auf eine Note einigen, entscheidet ein dritter Gutachter/eine dritte Gutachterin unter Berücksichtigung der Notenvorschläge über die endgültige Bewertung.

(2) Ist die Masterthesis mit "nicht ausreichend" bewertet oder gilt sie als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen.

(3) Lautet die Beurteilung der Masterthesis auch in der Wiederholung "nicht ausreichend", so ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

§ 20

Mündliche Prüfungen

(1) ¹Mündliche Prüfungen (einschließlich der Referate) werden als Einzelprüfungen von einem Prüfer oder von einer Prüferin abgenommen. ²Sie dienen der Feststellung grundlegender Kenntnisse auf dem jeweiligen Prüfungsgebiet.

(2) ¹Der Beisitzer oder die Beisitzerin führt das Protokoll. ²In das Protokoll sind aufzunehmen: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen des Prüfers oder der Prüferin, des Beisitzers oder der Beisitzerin und des Kandidaten oder der Kandidatin sowie besondere Vorkommnisse. ³Prüfer oder Prü-

ferin und Beisitzer oder Beisitzerin unterzeichnen das Protokoll. ⁴Dieses ist mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

(3) Die Note der mündlichen Prüfung wird nach der Notenskala des § 9 Abs. 1 unmittelbar nach Abschluss der mündlichen Prüfung festgesetzt und dem Kandidaten oder der Kandidatin mitgeteilt.

§ 21

Schriftliche Prüfungen

(1) Schriftliche Prüfungen (Klausurarbeiten und Hausarbeiten) dienen der Feststellung gründlicher Kenntnisse in dem jeweiligen Prüfungsgebiet und der Fähigkeit zu selbständiger Darstellung umgrenzter Probleme in festgesetzter Zeit.

(2) Eine nicht ausreichend beurteilte schriftliche Prüfung ist von einem zweiten Prüfer oder einer zweiten Prüferin zu bewerten.

§ 22

Festlegung des Ergebnisses der Masterprüfung, Nichtbestehen der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Noten der Prüfungen in den Modulen und der Masterthesis mindestens "ausreichend" (4,0) lauten.

(2) Ist die Masterprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so ergeht hierüber ein schriftlicher Bescheid, der die erzielten Noten ausweist und darüber Auskunft gibt, ob und innerhalb welcher Frist die Prüfung wiederholt werden kann.

§ 23

Wiederholung der Prüfung

(1) ¹Die Wiederholungsprüfung ist beschränkt auf die mit "nicht ausreichend" bewertete Prüfungsleistung; sie muss spätestens innerhalb von sechs Monaten stattfinden. ²Bei Versäumnis der Frist gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden, sofern nicht der Prüfungsausschuss dem Kandidaten oder der Kandidatin wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt.

(2) ¹Ist die Masterthesis mit "nicht ausreichend" bewertet oder gilt sie als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, so kann der Kandidat oder die Kandidatin auf Antrag unverzüglich ein neues Thema erhalten; eine Rückgabe dieses Themas ist nicht zulässig. ²Der Antrag ist spätestens innerhalb von zwei Monaten ab Bekanntgabe der Bewertung der Erstarbeit oder der Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfung zu stellen. ³Wird diese Frist versäumt, gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden. ⁴Für die Wiederholung der Masterthesis gelten § 18 Abs. 1 und 2, Abs. 3 Sätze 2 bis 6, Abs. 5 entsprechend.

(3) Eine zweite Wiederholung der Masterthesis ist ausgeschlossen.

(4) Die Noten der Wiederholungsprüfungen ersetzen die Noten der vorangegangenen Prüfung.

§ 24

Zeugnis und Urkunde, Diploma Supplement

(1) ¹Über die bestandene Masterprüfung wird innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis und ein Diploma Supplement in englischer und deutscher Sprache ausgestellt. ²Das Zeugnis enthält Thema und Note der Masterthesis, die Noten der Prüfungen in den Modulen sowie die Prüfungsgesamtnote. ³Das Zeugnis wird vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. ⁴Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem alle Prüfungsleistungen erfüllt sind.

(2) ¹Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Absolventen oder der Absolventin eine Urkunde über die Verleihung des Mastergrades mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. ²Die Urkunde enthält die Prüfungsgesamtnote. ³Sie wird vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

III. Schlussbestimmungen

§ 25

Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Anlage 1 zu § 2

1. Das Verfahren zur Feststellung der Qualifikation führt der Prüfungsausschuss durch. Es findet einmal jährlich vor Beginn des Wintersemesters statt.
2. Anträge auf Zulassung sind beim Prüfungsausschuss bis zum 15. August eines jeden Jahres (Ausschlussfrist) schriftlich einzureichen.
3. Dem Antrag sind folgende Nachweise beizugeben:
 - a) Anschreiben, in dem die persönliche Motivation zur Teilnahme am Studiengang dargestellt wird;
 - b) Zeugnisse über Studienabschlüsse;
 - c) eine kurze Darstellung des in der Regel mindestens einjährigen beruflichen Werdegangs;
 - d) Praktikums- und Arbeitszeugnisse sowie Zeugnisse oder Nachweise zu Maßnahmen beruflicher Weiterbildung;
 - e) Nachweise der bisherigen und aktuellen beruflichen Betätigung (Bescheinigung des Arbeitgebers oder Arbeitsvertrag).
4. ¹Aufgrund der Bewerbungsunterlagen wird geprüft, ob
 1. die Aufnahme in das Masterstudium ohne ein weiteres spezifisches Auswahlverfahren gerechtfertigt ist,
 2. die Aufnahme vom Ergebnis eines spezifischen Auswahlverfahrens abhängen soll oder
 3. die Aufnahme wegen einer bereits aus den Unterlagen erkennbaren unzureichenden Qualifikation abzulehnen ist.

²Die Aufnahme in das Masterstudium ohne spezifisches Auswahlverfahren ist möglich bei Bewerbern und Bewerberinnen, die aufgrund der vorliegenden Unterlagen für die Erreichung der Ziele des Studiengangs unter Berücksichtigung der Kriterien nach Ziff. 6 besonders geeignet erscheinen. Wer nicht aufgenommen oder zum spezifischen Auswahlverfahren zugelassen wird, erhält einen Ablehnungsbescheid.
5. Mit den Bewerbern oder Bewerberinnen, deren Aufnahme von einem spezifischen Auswahlverfahren abhängen soll, wird ein Auswahlgespräch zur Feststellung der Qualifikation geführt. Der Termin dafür wird den Bewerbern oder Bewerberinnen spätestens eine Woche vorher schriftlich bekannt gegeben.
Wer nicht zugelassen wird, erhält einen mit Gründen versehenen Bescheid.
6. Das Auswahlgespräch wird von einem vom Prüfungsausschuss bestimmten Hochschullehrer oder einer Hochschullehrerin in Anwesenheit eines Beisitzers oder einer Beisitzerin durchgeführt.
Es dauert etwa 15 Minuten pro Kandidat oder Kandidatin. Das Ergebnis lautet „bestanden“ oder „nicht bestanden“.
7. Das Auswahlgespräch bezieht sich auf folgende Punkte:
 - a) die Art der Berufstätigkeit in Bezug auf studienrelevante Aufgabenfelder;
 - b) die Qualifikation (Qualität und Notendurchschnitt der bisherigen (wissenschaftlichen) Ausbildungen und Weiterbildungsmaßnahmen);
 - c) die Passung des Studiums in eine individuelle und/oder berufsbezogene Entwicklungsperspektive;
8. Über die nicht bestandene Qualifikationsprüfung ergeht ein mit einer Begründung versehener Bescheid.

Anlage 2

Modulbezeichnung	Lehrveranstaltung	ECTS	1. Sem	2. Sem	3. Sem	4. Sem	Art und Umfang der Studien- und Prüfungsleistungen
			ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	
M 1.1 Grundlagen der Organisations- und Personalentwicklung	Integration von Organisation und Person(al)	5	1,5				Klausur (60-120 Min.) Präsentation (10-15 Min.)
	Strategie und Verantwortung		1,5				
	Organisationsforschung		1,5				
	Teambuilding		0,5				
M 1.2 Qualifikationsplanung und Personalentwicklung	Innovative Arbeitsorganisation und veränderte Qualifikationsanforderungen	2,5	1,25				Klausur (60-120 Min.)
	Konzepte der Personalentwicklung		1,25				
M 1.3 Wahlmodul Beratung*	Beratung	2,5		2,5*			Hausarbeit (10-15 Seiten) oder Präsentation (10-20 Min.)
M 2.1 Konzepte der Organisationsentwicklung	Einführung in Konzepte der Organisationsentwicklung	5	2,5				Hausarbeit (10-15 Seiten)
	Konzepte der Organisationsentwicklung (Unternehmenskultur, Lernkultur)			1,25			
	Konzepte der Organisationsentwicklung in der Praxis			1,25			
M 2.2 Umsetzung von Organisationsentwicklungsprozessen	Change Management	5	2,5				Präsentation (10-20 Min.)
	Vielfalt managen (e-learning)		1,5				Übungsaufgaben
	Projektmanagement		0,5				Präsentation (10-15 Min.)
	Moderation und Präsentation		0,5				Präsentation (10-15 Min.)

Modulbezeichnung	Lehrveranstaltung	ECTS	1. Sem ECTS	2. Sem ECTS	3. Sem ECTS	4. Sem ECTS	Art und Umfang der Studien- und Prüfungsleistungen
M 3.1 Methoden und Instrumente der Personalentwicklung	Kompetenzmessung	5		1,5			Klausur (60-120 Min)
	Instrumente der Personalentwicklung			2			
	Neue Lernformen im Betrieb			1,5			
M 3.2 Personalmanagement und Arbeitsrecht	Personalmanagement	5			1,5		Klausur (60-120 Min)
	Personalmarketing				1,5		
	Arbeitsrecht (teilw. e-learning)				2		Hausarbeit (10-15 Seiten)
M 4.1 Wahlmodul Management von Organisationen*	Management von Organisationen	2,5	2,5*				Hausarbeit (10-15 Seiten) oder Präsentation (10-20 Min.)
M 4.2 Instrumente der Mitarbeiterführung	Instrumente der Mitarbeiterführung	2,5		2			Hausarbeit (10-15 Seiten) oder Präsentation (10-20 Min.)
	Kommunikation und Gesprächsführung			0,5			Präsentation (10-15 Min.)
M 5.1 Betriebliches Bildungsmanagement	Betriebliches Bildungsmanagement	2,5		2,5			Hausarbeit (10-15 Seiten) oder Präsentation (10-20 Min.)
M 5.2 Wahlmodul Weiterbildungsmanagement*	Weiterbildungsmanagement	2,5			2,5*		Hausarbeit (10-15 Seiten) oder Präsentation (10-20 Min.)
M 5.3 Wahlmodul Ausbildungsmanagement*	Ausbildungsmanagement	2,5				2,5*	Hausarbeit (10-15 Seiten) oder Präsentation (10-20 Min.)
M 6 Berufspraxis	Berufspraxis	52,5	12,5	12,5	12,5	15	Mündl. Prüfung (30-45 Min.)
M 7.1 Konzept und Methoden	Konzept und Methoden	5		5			Präsentation (10-15 Min.)
M 7.2 Projektarbeit	Projekt	7,5		7,5			Präsentation (30 -45 Min.)
M 8.1 Thesismanagement	Thesismanagement	2,5			2,5		Präsentation (10-15 Min.)
M 8.2 Masterthesis	Masterthesis	15				15	Masterthesis (40-60 Seiten)
Summe ECTS:			30	30	30	30	
			120				

* Es sind zwei von insgesamt vier Wahlmodulen zu wählen.